

\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*

## ÜBERSICHTEN

\*  
\*  
\*\*\*\*\*

## AUSSENPOLITIK

\*  
\*  
\*\*\*\*\*

## BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

\*(1)

**Die Position Chinas in der Beurteilung des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt**

In einer umfangreichen Analyse der Weltpolitik, die in mehreren Fortsetzungen abgedruckt wurde, nimmt der frühere Bundeskanzler auch zur Position Chinas Stellung (Die Welt, 1.3.86). Hier einige wörtliche Auszüge: "Peking hat (neben seinen Wirtschaftsreformen) durchaus auch strategische Sorgen. Die Chinesen sind über die Sowjetunion beunruhigt - über die SS-20-Raketen in Asien, die Verstärkung der sowjetischen Flotte im Pazifik und die sowjetischen Stützpunkte im vietnamesischen Danang und Cam Ranh Bay. Natürlich erstreckt sich die Besorgnis der Chinesen auch auf Afghanistan und auf die sowjetische Billigung der Eroberung von Laos und Kambodscha durch Vietnam. Sie hoffen, daß die Aufmerksamkeit der Sowjetunion durch Westeuropa, die Vereinigten Staaten und das Atlantische Bündnis absorbiert wird. Und sie haben ein wenig Sorge, daß die Vereinigten Staaten in Zukunft im Pazifik und im Fernen Osten nicht stark genug sein könnten.

Trotz dieser außenpolitischen Sorgen haben sie der Entwicklung ihrer Industrie, der wissenschaftlichen Forschung und der Erziehung den Vorrang gegeben. Die Armee steht erst an vierter Stelle, was im übrigen eines der vielen Probleme darstellt, die im Zuge der Reformen bewältigt werden müssen.

Die Revolution ist definitiv über. Wir haben es jetzt in China mit einer Reformära zu tun... Die Chinesen werden versuchen, gegenüber Washington wie zu Moskau eine Strategie der Äquidistanz zu verfolgen. Von Zeit zu Zeit werden sie Washington ihre russische Karte zeigen, und von Zeit zu Zeit wiederum Moskau ihre amerikanische Karte zeigen. In jedem Fall wird es eine Strategie der Äquidistanz sein. Um ihre Wirtschaftspläne durchzuführen, wird die chinesische Führung

China der Weltwirtschaft öffnen... China ist die einzige große Nation der Welt, die noch nicht von weltwirtschaftlicher Unordnung erfaßt worden ist. Warum? Weil es noch nicht in die Weltwirtschaftsstruktur integriert war. Die jetzt begonnene Kursänderung bringt zwar einige Risiken mit sich, ermöglicht aber zugleich, die Vorteile westlicher Managementkenntnisse, westlichen technologischen Know-hows, westlicher Investitionsgüter usw. schnell zu nutzen.

Der größte Nutznießer von Chinas Eintritt in den Weltmarkt wird Japan sein. Japan braucht Öl, und in wenigen Jahren wird China in der Lage sein, Öl und auch Kohle nach Japan zu exportieren. Die Einfuhr von Technologie aus Japan verursacht den Chinesen kein Unbehagen. Sie beziehen viel lieber Technologie aus Japan als daß sie es aus den Vereinigten Staaten tun und damit in gewisser Weise von einer Supermacht abhängig werden. Vielleicht ziehen die Chinesen es sogar vor, Technologien und Investitionsgüter anstatt aus den USA aus Europa oder aus Deutschland zu beziehen.

Die Chinesen haben in ihrer Region keine Freunde. China ist einfach zu groß und hat sich in den vergangenen Jahrhunderten kleineren Ländern gegenüber nicht besonders rücksichtsvoll verhalten. Ansonsten gibt es Spannungen zwischen Peking und allen benachbarten kommunistischen Regierungen - mit der Sowjetunion, der Mongolei, Vietnam und den Marionettenregimen in Kambodscha und Laos. Es ist paradox, daß China gute Beziehungen zum kapitalistischen Westen unterhält und eher schlechte, wenn nicht gar gespannte Beziehungen zu seinen eigenen kommunistischen Genossen.

China wird möglicherweise in den nächsten 15 Jahren wenigstens auf dem Weg zu enormen Erfolgen sein. Dies hängt davon ab, ob die Chinesen es vermeiden können, noch einmal so schwerwiegende Fehler zu machen wie die Kulturrevolution oder den Großen Sprung nach vorn oder was an Unfug sie noch in den letzten 25 Jahren begangen haben. Je stärker China wirtschaftlich wird, desto mehr müssen die Sowjets über ihre Schultern nach Osten blicken. Und das tun sie schon heute. Vermutlich wird Gorbatschow auch hier seinen neuen Stil erproben und freundliche Gesten in Richtung Peking machen. Ebenso gut sind ein paar freundliche Gesten Pekings vorstellbar, aber dann wird man sich daran erinnern, daß dies nur ein Spiel mit der russischen Karte ist. Dieser Wink soll Washington begreiflich machen, daß es z.B. die Militärhilfe an Tai-

wan nicht übertreiben sollte...

Ich hoffe, die Chinesen werden Erfolg haben. China ist ein Entwicklungsland, und seine Führung betrachtet es auch als solches. China wird, verbal zumindest, der wichtigste Sprecher der Entwicklungsländer in den Vereinten Nationen und andernorts sein. Aber faktisch suchen die Chinesen wirtschaftliche Kooperation mit dem industrialisierten Teil der Welt. Bis zur Jahrhundertwende wird China die dritte Weltmacht geworden sein, obwohl nicht notwendigerweise eine Supermacht - übrigens verabscheuen die Chinesen dieses Wort. Während wir uns dem Ende des Jahrhunderts nähern, sollten wir uns auf einen Wechsel von einer bipolaren (Moskau und Washington) zu einer Dreiecks-Machtkonstellation vorbereiten. Wir wären gut beraten, wenn wir im Westen den Aufstieg Chinas akzeptierten, und zwar aus den gleichen Gründen, die Richard Nixon leiteten, als er kurz nach seinem Amtsantritt politische Kontakte zu China aufnahm. Nixon war jedenfalls ein guter Strategie, die Qualität seiner Innenpolitik will ich nicht beurteilen. Es wäre klug, den Aufstieg Chinas wirtschaftlich und technologisch zu unterstützen. Es wäre ebenfalls klug, mit Hilfeleistungen an Taiwan sehr vorsichtig zu sein. Letzten Endes sind beide chinesischen Staaten Diktaturen. Der eine Staat hat aber über eine Milliarde Einwohner, der andere 18 Millionen." -we-

## SOWJETUNION UND OSTEUROPA

\*(2)

**Gorbatschow im chinesischen Urteil**  
Anläßlich des XXVII. Parteitages der KPdSU verlas der neue Generalsekretär Gorbatschow am 25. Februar 1986 einen "Politischen Bericht", der in der deutschen Buchausgabe immerhin 143 Seiten umfaßt ("Politischer Bericht des ZK der KPdSU an den XXVII. Parteitag der KPdSU", Moskau 1986) und der auch einen halbseitigen China-Passus (S.105) enthält, in dem es u.a. heißt: "Mit Genugtuung kann man eine bestimmte Verbesserung der Beziehungen der Sowjetunion zu ihrem großen Nachbarn, dem sozialistischen China, konstatieren. Die Unterschiede in den Betrachtungsweisen, insbesondere im Hinblick auf einige internationale Probleme, bleiben bestehen. Doch wir stellen auch etwas anderes fest: die Möglichkeit, vielfach gemeinsam zu arbeiten sowie auch gleichberechtigte und prinzipielle Grundlage und keineswegs auf Kosten von Drittländern, zusammenzuwirken. Man braucht die Bedeutung, die diesem Faktor zukommt, nicht weiter zu erläutern. Die chinesischen Kommuni-

sten nannten die Siege der UdSSR und der Fortschrittkräfte im Zweiten Weltkrieg den Prolog zum Sieg der Volksrepublik in China. Die Bildung Volkschinas trug ihrerseits zur Festigung der weltweiten Position des Sozialismus, zur Durchkreuzung vieler Vorhaben und Aktivitäten des Imperialismus in den schweren Nachkriegsjahren bei. Was die Zukunft angeht, so kann man von gewaltigen Reserven der Zusammenarbeit der UdSSR mit China sprechen. Sie sind es deshalb, weil eine solche Zusammenarbeit den Interessen beider Länder entspricht, weil das Teuerste für unsere beiden Völker - Sozialismus und Frieden - unteilbar ist!"

China ist also, diesen Ausführungen zufolge, ein Land, mit dem es zwar einige Meinungsverschiedenheiten gibt, mit dem sich die UdSSR aber nach wie vor durch den gemeinsamen Sozialismus und durch die gemeinsame Friedensliebe verbunden fühlt - sowie durch eine gemeinsame Zukunft!

Die Chinesen zeigen sich hier wesentlich skeptischer. Zu Jahresbeginn bereits wies der Sprecher des Außenamtes, der stellvertretende Außenminister Qian Qichen, darauf hin, daß es in den politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern "keine Verbesserung" gebe (XNA, 4.1.86). Die Sowjetunion wolle sich um die drei Normalisierungsbedingungen Chinas herumdrücken. Sie solle sich jedoch nicht täuschen: China meine es hier ganz und gar ernst!

Durchaus nicht ungünstig fiel dagegen die Bewertung des neuen Parteisekretärs nach einem Jahr Amtszeit aus. Gorbatschow habe im ZK und im Politbüro sowie in nicht weniger als zwanzig Ministerien wichtige Personalwechsel durchsetzen können. Überall tauchten inzwischen "junge Gesichter" auf. Auf wirtschaftlichem Gebiet habe es ebenfalls einige Fortschritte gegeben, doch seien die Reformen an den Leitungsstrukturen, deren Ursprünge bis auf die dreißiger Jahre zurückgingen, bisher noch weitgehend ergebnislos abgeprallt. Wohlthuend sei auch die Nüchternheit des neuen Parteichefs. Während im Parteiprogramm Chruschtschows von 1961 noch vom Eintritt des Kommunismus in nur wenigen Jahren die Rede war, ist man im neuen Programm von solchen Vorstellungen abgegangen. Heutzutage sei nicht mehr vom "Aufbau des Kommunismus", sondern von der "Vollendung des Sozialismus" die Rede.

Auch in der Außenpolitik sei dem neuen Generalsekretär der gute Wille nicht abzuerkennen, doch seien bisher nur die ersten Schritte auf einem langen Marsch getan (RMRB,

7.1.86). -we-

## NORDAMERIKA

\*(3)

### Beleid zum Absturz des Raumschiffs Challenger

Am 29. Januar drückte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums die "tiefe Anteilnahme" des chinesischen Volkes an dem Challenger-Unglück aus (XNA, 30.1.86).

Noch vor wenigen Jahren wäre eine solche Geste undenkbar gewesen. Bekanntlich erschien in den offiziellen chinesischen Zeitungen kein Wort über die Landung des ersten amerikanischen Raumschiffs auf dem Mond. Wenn die Bevölkerung überhaupt etwas davon erfuhr, so über die Informellen Nachrichten (Cankao xiaoxi), in denen ausländische Pressemeldungen kommentarlos (und z.T. gekürzt) nachgedruckt werden. -we-

## LATEINAMERIKA

\*(4)

### Zurückhaltende Kommentare zu den Vorgängen in Haiti

Noch vor zehn Jahren wäre die chinesische Propaganda bei einem Ereignis wie dem Umsturz in Haiti in heftigen Jubel ausgebrochen. Inzwischen aber haben sich die Zeiten geändert und man nimmt aus unendlich abgehobener Distanz Stellung - und dies, obwohl Haiti auch heute noch zu jenen wenigen (insgesamt 13) Staaten gehört, mit denen Taiwan nach wie vor diplomatische Beziehungen unterhält.

Haiti wäre ganz gewiß ein interessanter Stoff für "revolutionäre" Betrachtungen gewesen, läge der heutigen Führung in Beijing die Revolution wirklich noch am Herzen. Dieses kleine, französischsprachige Land in der Karibik mit seinen 6 Millionen Einwohnern hatte sich bereits 1804 die Unabhängigkeit von Frankreich erkämpft (nach 13jährigen Auseinandersetzungen) und die erste Schwarzenrepublik der Welt gegründet. Eineinhalb Jahrhunderte später begann die "Reaktion" zu siegen, als nämlich 1957 Francois Duvalier an die Macht gelangte, dem 1971 sein damals erst 19jähriger Sohn nachfolgte. Beide verstanden sich als Präsidenten auf Lebenszeit und beide auch bauten jenen gefürchteten geheimen Polizeiapparat der "Tonton Macoutes" auf, mit dessen Hilfe sie das Land kontrollierten und ausbeuteten. Angeblich sind in den letzten zwei Jahrzehnten mehr als 300.000 Menschen erschossen oder zu Tode gefoltert worden. Hunderttausende von Haitianern verließen ihr Land - mit der Folge, daß allein in der benachbarten Dominikanischen Repu-

blik 400.000 Landsleute lebten.

Die sozialen Widersprüche hatten sich Ende 1985 aufs äußerste verschärft. Als am 27. November 1985 bei Massendemonstrationen drei Jugendliche erschossen wurden, griffen die Proteste fast blitzartig auf das ganze Land über. Zwar verhängte Duvalier am 31. Januar 1986 den Ausnahmezustand, doch führte dies nur zu einer weiteren Verschärfung, so daß der jugendliche Diktator am 7. Februar das Land verlassen mußte.

Die chinesische Presse berichtete über diese Vorgänge ohne eigene Kommentierung und ließ sich allenfalls dazu hinreißen, den Applaus einiger südamerikanischer Staaten, wie Costa Rica, Kolumbien oder Venezuela, zu erwähnen (6., 7. und 8.2.86). Auch berichtete sie zurückhaltend über Verdächtigungen, daß verschiedene Mitglieder der Nachfolgeregierung lange Zeit Anhänger Duvaliers gewesen seien (XNA, 14.2.86). -we-

## AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

\*(5)

### Chinas Standpunkt zur Abrüstung

Die Abrüstung ist ein Dauerthema, das in den chinesischen Erklärungen kontinuierlich auftaucht und das deshalb auch an vorliegender Stelle von Zeit zu Zeit neu berührt werden muß.

Die Jubiläumsfeier anlässlich des 40. Gründungstages der UNO am 14. Oktober 1985, an der Vertreter aus 150 Ländern, einschließlich 65 Staatsoberhäuptern und Regierungschefs - und des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang - teilnahmen, wurde in der chinesischen Presse zu einem der ganz großen Ereignisse des Jahres aufgebaut (vor allem RMRB, 25.10.85). Zhao betonte, daß die UNO in den vier Jahrzehnten ihres Bestehens eine einzigartige Wandlung durchgemacht habe. 1945 hätten ihr nur 51 Unterzeichnerstaaten angehört, heute dagegen bereits 159. Die UNO besitze über vierzig untergeordnete Organisationen in verschiedenen Ländern mit 26.500 Angestellten, von denen 6.000 im Hauptquartier New York beschäftigt sind. Die UNO sei allerdings noch weit davon entfernt, eine "Weltregierung" zu sein. Viele wichtige Resolutionen, insbesondere jene über Afghanistan, Kambodscha, Südafrika, den Nahen Osten und die Abrüstung, seien bisher nicht vollständig durchgeführt worden. Dies habe international Unzufriedenheit und scharfe Kritik hervorgerufen.

Gleichwohl komme der UNO im weltweiten Friedensprozeß eine gar nicht hoch genug einzuschätzende

Bedeutung zu (vgl. auch RMRB, 22. und 23.10.85).

Nach Auffassung der reformerischen Regierung ist, wie nicht zuletzt auch Deng Xiaoping immer wieder hervorhebt, der "Krieg nicht unvermeidbar" (XNA, 16.9.85) - dies hebt sie von der früheren maoistischen These ab, die das Gegenteil behauptet hatte.

Zhao Ziyang betonte in seiner UNO-Rede, daß nach chinesischer Ansicht weder die "Abschreckung" noch das "Gleichgewicht des Terrors" den Frieden sichern könne. Beide Strategien führten vielmehr gerade umgekehrt zur Intensivierung des Rüstungswettlaufs.

Dank des Aufstiegs der Dritten Welt und der Entwicklung der Blockfreien-Bewegung sei jedoch die Chance, langfristig den Krieg zu verhindern, etwas größer geworden (RMRB, 24.10.85).

Immer wieder betonen die Chinesen auch ihre Auffassung, daß man sich mit der Pax atomica nicht zufriedengeben könne. Man müsse vielmehr weitergehen und für eine Zerstörung sämtlicher ABC-Waffen sorgen. Man trete für das "allseitige Verbot und die völlige Vernichtung der Kernwaffen und für eine umfassende Abrüstung" ein. Das chinesische Volk habe die Leiden des Krieges am eigenen Leib erfahren und z.B. während des antijapanischen Widerstandskriegs über 35 Millionen Menschen verloren. China sei bereits selbst mit gutem Beispiel vorangegangen und habe seine Militärausgaben reduziert und einen Teil der Rüstungsindustrie auf die Herstellung ziviler Produkte umgestellt.

Chinas Abrüstungsstandpunkt läßt sich in folgenden neun Punkten zusammenfassen:

1. Die beiden Supermächte müssen als erste abrüsten. Sie besitzen rd. 97% aller Kernwaffen, und außerdem ist ihr Hegemonismus die Ursache des Wettrüstens.

2. Abrüstung und Sicherheit sind untrennbar. Es genügt deshalb nicht nur, technische Abrüstungsmaßnahmen zu treffen, sondern gleichzeitig die Gründe für die Spannungen abzubauen. Unter diesen Umständen ist der kalte Krieg genauso zu bekämpfen wie der heiße.

Als Konfliktherde, die in diesem Rahmen zu beachten sind, gelten folgende sechs "heiße Punkte": Kambodscha, Afghanistan, der Nahe Osten, Zentralamerika, Südafrika und Korea. Die Kambodscha-Frage müsse durch den Rückzug der vietnamesischen Verbände, die

Afghanistan-Frage durch den Rückzug der sowjetischen Truppen gelöst werden. Die Nahost-Frage sei durch eine Internationale Konferenz über den Frieden im Nahen Osten unter UNO-Schirmherrschaft anzugehen. Die Zentralamerika-Frage solle am besten der Contadora-Gruppe anvertraut werden. Die Korea-Frage schließlich lasse sich durch Abzug der US-Einheiten aus Südkorea und durch einen intensivierte Dialog zwischen Nord und Süd in den Griff bekommen (XNA, 1.10.85).

3. Unterscheidung zwischen langfristigen Zielen und kurzfristigen Maßnahmen: Das langfristige Ziel Chinas ist das allgemeine Verbot und die restlose Vernichtung aller Kernwaffen. Dabei müssen die beiden Supermächte die ersten Schritte tun. Kurzfristig sollen sämtliche kernwaffenbesitzenden Länder sich verpflichten, nicht als erste Kernwaffen anzuwenden und ohne Vorbedingungen zu garantieren, daß sie Kernwaffen nicht gegen kernwaffenfreie Länder oder Zonen anwenden oder diese mit Kernwaffen bedrohen.

4. Ferner müssen die beiden Supermächte über den Abbau ihres Mittelstreckenpotentials verhandeln, das in Europa und Asien stationiert ist.

5. Beendigung des Wettrüstens im All. Chinas Weltraumpolitik ist von zwei Prinzipien bestimmt: "Nichtmilitarisierung des Weltraums" und "friedliche Nutzung des Weltraums". 1963 hat sich die Volksrepublik dem "Vertrag aller Länder über die Prinzipien für Forschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper" angeschlossen. Sämtliche Länder, die über die erforderliche Technologie verfügen, sollen sich verpflichten, keine Weltraumwaffen zu entwickeln, zu testen oder zu stationieren. China tritt auch gegen die SDI-Pläne ein.

6. Abbau der konventionellen Rüstung. Welches Vernichtungspotential selbst in konventionellen Waffen steckt, hätten zwei Weltkriege bewiesen, in deren Verlauf 10 bzw. 50 Millionen Menschen getötet und über 80 Millionen verwundet wurden. Außerdem seien in den konventionell geführten Kriegen der Nachkriegszeit bereits 21 Millionen Menschen ums Leben gekommen.

7. Verbot chemischer Waffen. 1984 hat China die "Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer und toxischer Waffen sowie über deren Vernichtung" unterzeichnet. Wie gefährlich C-Waffen sind, sei durch den Tod oder durch die Verwundung von 1,3 Millionen

Menschen während des Ersten Weltkriegs demonstriert worden. C-Waffen seien nach den A-Waffen die schlimmsten Massenvernichtungswaffen, sie seien außerdem billig und leicht herzustellen. Die beiden Supermächte verfügten über rd. vierzig Arten chemischer Kampfmittel.

8. Kernwaffenversuche. China sei bereit, an der Diskussion über das allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen, und zwar nicht nur in der Atmosphäre oder im Wasser, sondern auch unter der Erde teilzunehmen. Es vertritt die Ansicht, daß das Versuchsverbot ein untrennbarer Bestandteil der nuklearen Abrüstung ist.

9. Was das Problem der "Nichtweitergabe von Kernwaffen" anbelangt, so ist China dem entsprechenden Vertrag nicht beigetreten, da es der Ansicht ist, daß durch diese Konvention nur den Nichtbesitzern strenge Auflagen gemacht würden, während die Besitzer nach Belieben weiter aufrüsten könnten. Letztlich habe die Konvention zur Festigung des nuklearen Monopols der Supermächte und zu einer Verstärkung ihres nuklearen Erpressungspotentials geführt.

Am 15. Mai 1984 erklärte Zhao Ziyang im Bericht auf der 2. Tagung des VI. NVK, daß sich China zwar von dem "diskriminierenden" Nonproliferationsvertrag distanzieren, daß es jedoch andererseits keineswegs für die Weitergabe von Kernwaffen eintrete, solche Waffen auch nicht weitergebe und auch nicht bereit sei, anderen Ländern bei der Entwicklung von Kernwaffen zu helfen.

Gleichwohl müsse eine Art nuklearer Demokratie herrschen, d.h., sämtliche Länder der Welt, ob groß oder klein, kernwaffenbesitzend oder kernwaffenlos, stark oder schwach, müßten das Recht haben, auf gleichberechtigter Basis an den Diskussionen über Nuklearfragen teilzunehmen. Ferner müsse auch die Möglichkeit offenbleiben, Atomkraft auf friedlichem Wege zu nutzen.

Vor allem im Zusammenhang mit dem "Nichtweitergabe"-Problem muß sich China neuerdings immer wieder gegen indische Vorwürfe verwahren, es helfe den Pakistanis bei der Entwicklung von Atomwaffen. Erst am 19. Oktober 1985 beispielsweise wies ein Sprecher des Außenministeriums die Behauptung des Stabschefs des indischen Heeres zurück, daß Pakistan einen Atombombentest in China durchführen wolle. Die Behauptung sei völlig aus der Luft gegriffen.

Auf der anderen Seite will China

einige seiner zivilen Atomanlagen den Sicherheitsprüfungen durch die Internationale Atomenergieorganisation zugänglich machen. Dies erklärte der stellvertretende Minister für Atomenergie, Zhou Ping, Mitte September bei der Generalkonferenz der IAEO in Wien. Die Volksrepublik China war bis zu diesem Erklärungszeitpunkt die einzige der fünf Nuklearmächte, die keine ihrer zivilen atomaren Einrichtungen der IAEO-Kontrolle unterstellt hatte, obwohl z.B. im August 1985 die UdSSR erstmals die Inspektion solcher Anlagen zugelassen hatte, wie es bis dahin schon die USA, Frankreich und Großbritannien getan hatten (XNA, 25.9.85).

Inzwischen hat China auch eine Reihe von Nuklearabkommen mit anderen Ländern unterzeichnet, u.a. mit Frankreich, der Bundesrepublik, Großbritannien, Belgien, Argentinien, Brasilien und zuletzt - im Juli 1985 - mit Japan.

Auch Japan pocht erneut darauf, daß durch Kontrollen der IAEO sichergestellt wird, daß die japanische Nukleartechnologie, soweit sie nach China gelangt, ausschließlich für friedliche Zwecke genutzt wird.

In einer kurzen Formel zusammengefaßt läßt sich Chinas Abrüstungsstandpunkt folgendermaßen charakterisieren: Bekämpfung des Wettrüstens, ein allgemeines Verbot und völlige Vernichtung der ABC sowie der Weltraumwaffen, massive Reduzierung der konventionellen Waffen.

Letztes Ziel sei die Verhinderung eines Atomkriegs und die Verteidigung des Weltfriedens sowie die Schaffung einer friedlichen internationalen Umgebung, in der sich Entwicklungsländer wie China optimal entwickeln könnten (XNA, 30.8.85 und 9.11.85).

Ergänzend zu seinen Abrüstungsvorschlägen ist China in den letzten Jahren auch ein reger Teilnehmer an Friedensforen aller Art gewesen, sei es nun in Japan oder aber zu Hause. So z.B. veranstaltete die Chinesische Vereinigung für internationale Verständigung vom 4. bis 6. Juni 1985 in Beijing ein "Internationales Forum zur Wahrung des Weltfriedens", an dem 51 Friedensorganisationen aus 24 Ländern und über vierzig Mitglieder verschiedener chinesischer Organisationen teilnahmen. Auf dem Forum sprachen u.a. Vertreter der "Vereinigung des chinesischen Volkes für Frieden und Abrüstung", ferner Vertreter der "Chinesischen buddhistischen Gesellschaft", des weiteren Vertreter der beiden chinesischen Akademien für Wissenschaft und Sozialwissenschaft, der Präsi-

dent der "Chinesischen christlichen Gesellschaft", der Vorsitzende des "Japanischen Verbandes der Organisationen der Opfer von Atom- und Wasserstoffbomben" und ein Mitglied des indischen Parlaments. -we-

#### INNENPOLITIK

\*

\*

\*\*\*\*\*

\*(6)

#### Fünf Verordnungen gegen "falsche Tendenzen" unter Funktionären

Die Partei- und Staatsführung erließ Ende Januar/Anfang Februar 1986 fünf Rundschreiben zur Bekämpfung von "falschen Tendenzen" unter den Funktionären. Die Veröffentlichung dieser Vorschriften war Anfang Januar von ZK-Sekretär Wang Zhaoguo auf der 8.000-Kader-Konferenz gegen Korruption angekündigt worden (siehe C.a., Januar 1986, S. 11).

- Das erste Rundschreiben richtete sich gegen unnötige, verschwenderische Auslandsreisen von Kadern und schrieb diesbezüglich stärkere Kontrollen und eine Genehmigungspflicht vor (RMRB, 29.1.86).

- In einem weiteren Rundschreiben wurde eine weniger aufwendige Betreuung von Führungskadern bei Besuchen an anderen Orten gefordert (RMRB, 31.1.86).

- Ein drittes Rundschreiben wendete sich gegen den weit verbreiteten Nepotismus bei der Besetzung von Beamtenstellen (RMRB, 2.2.86).

- Ein viertes Rundschreiben forderte die Einstellung von Vergnügungsreisen von Kadern auf öffentliche Kosten (RMRB, 4.2.86).

- Schließlich wurden neuerliche Bestimmungen zum Verbot der Beteiligung von politischen Organen oder von Partei- und Staatskadern an Handelsgesellschaften und Industrieunternehmen erlassen (RMRB, 6.2.86). Bereits im Dezember 1984 hatten das Zentralkomitee und der Staatsrat diesbezügliche Bestimmungen herausgegeben, die jedoch offenbar bisher keine durchschlagenden Erfolge gezeitigt haben (siehe RMRB, Februar 1984, Ü 17). -sch-

\*(7)

#### Zentrale Disziplinkontrollkommission befaßt sich mit "falschen Tendenzen"

Auf ihrer 7. Plenartagung befaßte sich die Zentrale Disziplinkontrollkommission mit der Bekämpfung

sog. "falscher Tendenzen". Gegenstand der Beratungen war u.a. die Reaktion des ZK-Sekretariats auf einen Kurzbericht der Kommission über Probleme bei der Verbesserung des Arbeitsstils der Partei. In dem an das ZK-Sekretariat gerichteten Kurzbericht hatte die Kommission gefordert, die Kräfte auf den Kampf gegen "falsche Tendenzen" unter den Funktionären zu konzentrieren. Gleichzeitig damit müsse die entschlossene Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen fortgesetzt werden. Dabei sollten vor allem die großen Fälle aufgedeckt und verfolgt werden. Außerdem müsse dem Kampf auf ideologischem Gebiet mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden: Wer gegen die "vier grundlegenden Prinzipien" verstoße und "bürgerliche Liberalisierung" betreibe, müsse entschlossen bekämpft werden. Interessanterweise hatte das ZK-Sekretariat nur "im Prinzip" dem Kurzbericht der Disziplinkontrollkommission zugestimmt - unklar ist jedoch, wo die Meinungsverschiedenheiten liegen. (RMRB, 3.2.86)

Zusammen mit dem Bericht über die Tagung der Disziplinkontrollkommission veröffentlichte die "Volkszeitung" einen Kommentar, in dem die Verzögerung bei der Aufdeckung und Bestrafung von Vergehen, in die hohe Kader oder deren Kinder verwickelt sind, beklagt wurde. Selbst jene, die für die Durchsetzung der Parteidisziplin (sic!) und der Gesetze verantwortlich seien, verhielten sich unentschlossen und weichherzig, wenn es darum gehe, das "Netz der Beziehungen" zu durchbrechen und jene Privilegierten zu bestrafen, die sich strafrechtlich schuldig gemacht hätten - möglicherweise richtet sich diese Beschuldigung auch gegen die Zentrale Disziplinkontrollkommission und stellt einen der Kritikpunkte des ZK-Sekretariats an der Kommission dar. Außerdem beklagte die "Volkszeitung", daß zuviel über die Verbesserung des Arbeitsstils der Partei geredet aber kaum etwas dafür getan werde. Das ZK-Organ forderte die Führungskader auf, bei Straftaten von Familienangehörigen die Strafverfolgungsbehörden entschlossen zu unterstützen - andernfalls würden sie zur Verantwortung gezogen werden. Der Grundsatz, daß alle vor den Gesetzen des Staates und den Disziplinarrregeln der Partei gleich seien, müsse strikt befolgt werden. (Ebenda) -sch-

\*(8)

#### Zwei Söhne hoher Shanghaier Führungskader hingerichtet

Wegen mehrfacher Vergewaltigung wurden am 19. Februar 1986 in Shanghai zwei Söhne hoher Kader hingerichtet. Es handelte sich um